

Protokoll 14. Bezirksdelegiertenkonferenz der Bezirksschüler*innenvertretung Bonn-Rhein-Sieg

Es wird im Ratssaal der Stadt Bonn im Stadthaus in Bonn getagt.

Es wurden genau 100 Mandate verteilt.

Vorläufiger Protokollant: [REDACTED]

TOP 1 - Eröffnung und Formalien 09:22 Uhr

Die Sitzung wird durch den Bezirksschüler*innen sprecher, [REDACTED], um **09:22 Uhr** eröffnet.

Wahl des Tagespräsidiums, bzw. kurz des TaPräs durch eine Mehrheit auf Sicht:
[REDACTED] (LSV, BSV Siegen-Wittgenstein), [REDACTED] (LSV, BSV Essen)

Wahl der Zählkommissionen 1 und 2 durch eine Mehrheit auf Sicht:

Kommission 1: [REDACTED] (LAG), [REDACTED] (Konrad Adenauer Gym.),
[REDACTED] (Europaschule Troisdorf)

Kommission 2: [REDACTED] (FBG), [REDACTED] (FBG), [REDACTED] (FBG)

Wahl des Protokollanten durch eine Mehrheit auf Sicht:

[REDACTED]

Annahme des Protokolls der 13. BDK durch eine Mehrheit auf Sicht.

Annahme des Vorschlags der Tagesordnung des Bezirksvorstandes, bzw. kurz BeVos durch eine Mehrheit auf Sicht.

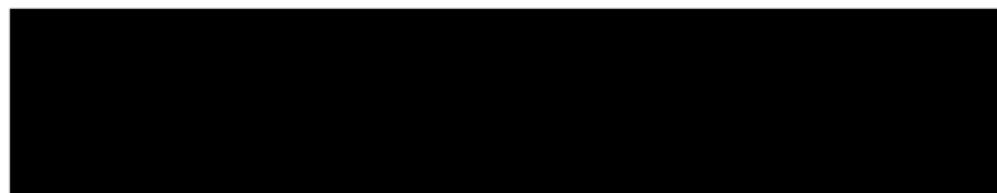
Wahl einer Antragskommission durch eine Mehrheit auf Sicht:
[REDACTED] (CJD Königswinter)

TOP 2 - Service 9:35 Uhr

Der Zwischenrechenschatzbericht wurde von [REDACTED] vorgestellt.

TOP 3 - Nachwahlen einiger Ämter 9:40 Uhr

Folgende Personen stellen sich für die Ämter zu Wahl:
Landesdelegierte:



Beisitzerin:



Schulausschuss Bonn:



Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss des Rhein-Sieg-Kreises:



Stellvertretendes beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss des Rhein-Sieg-Kreises:



Vorstellung der Kandidat:innen

- Antrag auf Redezeitbegrenzung auf 30 sekunden
 - Gegenrede
 - Mehrheit auf Sicht

3 Landesdelegierte (Aufgrund von Quotierung max. 1 männliche Person. Lediglich 1 FLINTA-Person hat sich zu Wahl aufgestellt und demnach können lediglich 2 Person gewählt werden)

- Klärung einiger Fragen an die Kandidat:innen

1 Beisitzerin (keine männliche Person möglich)

- Einige Fragen wurden beantwortet.

Schulausschuss Bonn (Min. 16 Jahre Alt, Wohnhaft in Bonn)

- Einige Fragen wurden beantwortet.

Jugendhilfe-Ausschuss des Rhein-Sieg-Kreises (lediglich je ein:e Kandidat:in für die Rolle bzw. für dessen stlv. Rolle)

- Vorstellung

Pause bis **10:45**

Wiederbeginn der Konferenz um **10:51 Uhr**

Durch eine Mandatszählung wurden 92 Mandate gezählt. (Diese war sehr zeitaufwendig)

GO - Antrag auf Personaldebatte wurde gestellt **11:42**

- Formelle Gegenrede
- Antrag durch Mehrheit auf Sicht angenommen.

TO - Antrag auf Verschiebung der Pause, um zuerst die Personaldebatte durchführen zu können.

- Ohne Gegenrede angenommen

Personal Debatte eröffnet 11:47 Uhr

GO - Antrag darauf, dass auch Gäste ohne Mandat im Raum bleiben dürfen.

- Ohne Gegenrede angenommen

Eine Redeliste wurde eröffnet.

Einige Redner teilten der BDK ihre Meinungen mit.

GO - Antrag auf Schließung der Redeliste

- Ohne Gegenrede angenommen

Einige Redner teilten der BDK ihre Meinungen mit.

Die Personaldebatte wurde geschlossen. (**11:59 Uhr**)

Ein Kurzes Grußwort des Bonner Streik Komitees gegen die Wehrpflicht wird gehalten.

Mittagspause bis 12:45 Uhr.

Wiederbeginn der Sitzung um **12:49 Uhr**

Es sind 88 Mandate im Raum.

Austeilung der Wahlzettel und Durchführung der Wahlen.

Die beiden Zählkommisionen zählen die Wahlen in einem Nebenraum aus. (Durch die Abwesenheit der Zählkommission im Sitzungssaal sind 84 Mandate im Raum.)

TOP 4 - Antragsdebatte 13:12 Uhr

Die Antragskommission hat ihre Sortierung der Anträge dem Tagespräsidium gegeben.

Folgendes sind alle Anträge wie inkl. der Sortierung, wie sie die Antragskommission abgegeben hat.

Reihenfolge	Antrag	Antragssteller:innen	Thema
1	Antrag für Solidarität mit den Streiks gegen die Wehrpflicht	[REDACTED]	Bundeswehr
2	Einsetzen für stärkere Anerkennung von schulischem und außerschulischem Engagement von Schüler:innen	[REDACTED]	Engagement
3	Schulen als Teil einer resilienten Gesellschaft (§6)	[REDACTED]	Bundeswehr
5	Antrag an das Grundsatzpapier "Eine moderne Schule braucht eine verlässliche digitale Ausstattung."	Bevo	Digitales
6	Antrag an das Grundsatzpapier "Eine breite Auswahl an Literatur"	Bevo	Lernmaterial
7	8. Handynutzung GSP 1	Bevo	Digitales
8	8. Handynutzung GSP 2	Bevo	Digitales
9	8. Handynutzung GSP 3	Bevo	Digitales
10	Bundeswehr Praktikum Werbung an Schulen	Bevo	Bundeswehr
11	"Die Bundeswehr darf nur auftreten, wenn neutrale und vielfältige Perspektiven" sichergestellt sind;	Bevo	Bundeswehr
12	Generelle Änderungen zum GSP	Bevo	Inhalt
13	Änderungen zu Mental health und Digitalisierung	Bevo	Digitales/ mentale Gesundheit

Alle Anträge, die aufgerufen wurden, sind diesem Protokoll am Ende beigefügt.

A1: Antrag für Solidarität mit den Streiks gegen die Wehrpflicht

- Der Antragstext wurde vorgelesen.
- Die Antragstellende Person hat die Begründung vorgetragen.
- Der Antrag wurde ohne Gegenrede angenommen. (**13:18 Uhr**)

A2: Einsetzen für stärkere Anerkennung von schulischem und außerschulischem Engagement von Schüler:innen

- Der Antragstext wurde vorgelesen.
- Die Antragstellende Person hat die Begründung vorgetragen.
- Eine Person hält eine inhaltliche Gegenrede.
- Antrag durch eine Mehrheit auf Sicht angenommen. (**13:21 Uhr**)

A3: Schulen als Teil einer resilienten Gesellschaft (§6)

- Der Antragstext wurde vorgelesen.
- Die Antragstellende Person hat die Begründung vorgetragen.
- Eine Person hält eine inhaltliche Gegenrede.
- GO Antrag auf Eröffnung einer Generaldebatte. (**13:24 Uhr**)
 - Durch Mehrheit auf Sicht angenommen.
- GO Antrag auf eine Redezeitbegrenzung von 1 min.
 - Gegenrede findet statt.
 - Antrag durch Mangel von Fürstimmen abgelehnt. (30 Fürstimmen)
- GO Antrag auf eine Redezeitbegrenzung von 2 min.
 - Gegenrede findet statt.
 - Antrag durch eine Mehrheit auf Sicht angenommen.
- Die Generaldebatte wird geführt.
- Antrag auf Schließung der Generaldebatte
 - Es gab eine Gegenrede.
 - Durch eine Minderheit auf Sicht abgelehnt.
- Antrag auf Schließung der Redeliste.
 - Es gab eine Gegenrede.
 - Mehrheit von über $\frac{2}{3}$ auf Sicht.
- Die Redeliste wurde geschlossen.
- Antrag auf Redezeitbegrenzung von 1 min. 30 sek.
 - Gegenrede findet statt.
 - Durch Mehrheit auf Sicht angenommen.
- Die Generaldebatte wurde geschlossen.
- Ein Änderungsantrag an den Antrag wurde gestellt (siehe am Ende dieses Dokumentes)
- Der Antragsteller nimmt den Änderungsantrag an. Der Antrag ist damit geändert worden.
- Dafür 64, dagegen 2.
- Der geänderte Antrag ist damit angenommen. (**14:46 Uhr**)

Die Ergebnisse der Wahlen werden verkündet. (**14:48 Uhr**)

Folgende Personen wurden gewählt:

Landesdelegierte:



Beisitzerin:



Schulausschuss Bonn:



Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss des Rhein-Sieg-Kreises:



Stlv. beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss des Rhein-Sieg-Kreises:



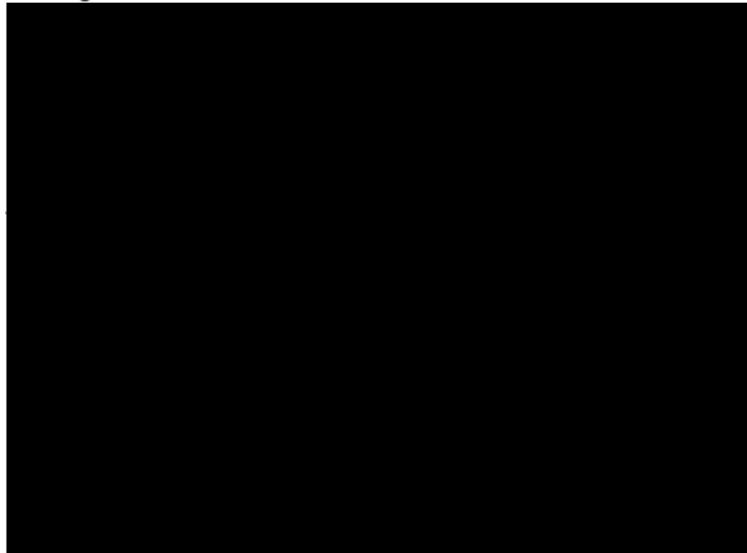
Alle Gewählten nehmen die Wahlen an.

TOP 5 - Verabschiedung 14:58 Uhr

Die Sitzung wurde durch das Tagespräsidium um **15:58** geschlossen.

Antrag für Solidarität mit den Schulstreiks gegen die Wehrpflicht

Antragstellende:



Antragstext:

Die Bezirkschüler*innenvertretung Bonn/Rhein-Sieg solidarisiert sich mit der „Schulstreik gegen Wehrpflicht“ Bewegung, welche am 05.12.2025 einen Schulstreik mit über 55.000 Schüler*innen organisiert hat. Am 05.12 haben Schüler*innen gezeigt, was sie aktuell bewegt. In Bonn haben 700 Schüler*innen und in Eitorf 70 Schüler*innen ein Zeichen gegen die zunehmende Militärisierung und gegen die Wehrpflicht gesetzt.

Auch unsere Landesschüler*innenvertretung hat die Streiks unterstützt.

Wir als BSV erkennen und sehen die Interessen der Schüler*innen. Deshalb unterstützen wir die kommenden Schulstreiks am 05.03.

Antragsbegründung: Erfolgt mündlich.

Einsetzen für stärkere Anerkennung von schulischem und außerschulischem Engagement von Schüler:innen

Antragsteller: [REDACTED]

Antragstext:

Die Bezirksdeligiertenkonferenz möge beschließen, dass sich die Bezirksschüler:innenvertretung für Lösungen, die stärkere Anerkennung von schulischem und außerschulischem Engagement von Schüler*innenbewirken, einsetzt. Das bedeutet die Bezirksschüler:innenvertretung spricht sich dafür aus, dass das schulische und außerschulische Engagement von Schüler*innen an den Schulen im Bezirk stärker wertgeschätzt und sichtbar gemacht wird.

Grundidee:

- Bietet die Möglichkeit, besonderes Engagement (z. B. in der Schüler:innenvertretung, bei sozialen Projekten, im Ehrenamt oder bei schulischen Veranstaltungen) in geeigneter Form anzuerkennen,
- eine einheitliche Empfehlung an Schulen, Engagement beispielsweise durch Vermerke in Zeugnissen, Beiblätter, Zertifikate oder schulische Bescheinigungen sichtbar zu machen,
- eine transparente Information der Schüler:innen darüber, welche Formen von Engagement anerkannt werden können.

Begründung:

Schulisches und außerschulisches Engagement von Schülerinnen stellt einen wesentlichen Beitrag zum Funktionieren und zur Weiterentwicklung des Schullebens dar. Durch ihre Mitarbeit in der Schüler:innenvertretung, bei schulischen Projekten, sozialen Initiativen, Veranstaltungen oder im ehrenamtlichen Bereich übernehmen Schüler:innen Verantwortung, bringen sich aktiv in die Schulgemeinschaft ein und erwerben wichtige soziale sowie demokratische Kompetenzen.

Bisherige Anerkennung reichen oft nicht weit genug, so kommt es nicht selten vor, dass Auszeichnungen zugesagt werden oder Würdigungen angekündigt, ohne tatsächlich jemals angemessen stattzufinden.

Situation: Viele Schülerinnen engagieren sich freiwillig über den Unterricht hinaus für ihre Schule und die Gesellschaft. Dieses Engagement erfordert Zeit, Verantwortung und Einsatz und trägt maßgeblich zu einem positiven Schulklima bei. Eine sichtbare Anerkennung motiviert Schüler:innen sich weiterhin einzubringen, stärkt demokratische Kompetenzen und zeigt Wertschätzung für gesellschaftliches Engagement, ohne zusätzlichen Leistungsdruck zu erzeugen. Da die Umsetzung flexibel gestaltet werden kann, ist der Antrag mit geringem organisatorischem Aufwand verbunden und für Schulen unterschiedlicher Größe realisierbar:

Trotz dieser Bedeutung bleibt Engagement im schulischen Alltag häufig wenig sichtbar und wird nur unzureichend wertgeschätzt. In vielen Fällen investieren Schüler*innen erhebliche Zeit und Energie zusätzlich zum Unterricht, ohne dass dies angemessen wahrgenommen oder anerkannt wird. Dies kann langfristig demotivierend wirken und dazu führen, dass Engagement zurückgeht oder erst gar nicht aufgenommen wird.

Eine gezielte, aber niedrigschwellige Anerkennung von Engagement sendet ein klares

Signal der Wertschätzung und stärkt die Motivation, sich weiterhin einzubringen. Gleichzeitig fördert sie Verantwortungsbewusstsein, Selbstwirksamkeit und gesellschaftliches Engagement – Kompetenzen, die im schulischen Kontext ausdrücklich gewünscht sind. Besonders wichtig ist dabei, dass Anerkennung nicht mit Benotung oder zusätzlichem Leistungsdruck verbunden wird, sondern als freiwillige Würdigung erfolgt.

Darüber hinaus kann eine sichtbare Anerkennung von Engagement Schüler:innen auch über die Schule hinaus unterstützen, etwa bei Bewerbungen für Praktika, Ausbildungsplätze oder Studiengänge. Bescheinigungen oder Vermerke stellen dabei eine realistische und faire Möglichkeit dar, erworbene Kompetenzen nachvollziehbar zu machen. Es soll zudem ein Anreiz geschaffen werden, sich einerseits für sich selbst, aber insbesondere auch für die Schulgemeinschaft zu engagieren. Das steigert Erfahrungswerte, Motivation und Lernerfolge.

Da die vorgeschlagenen Formen der Anerkennung flexibel und schulindividuell umsetzbar sind, ist der organisatorische Aufwand gering. Der Antrag greift somit ein reales Bedürfnis vieler Schüler:innen auf, ohne den Schulbetrieb oder bestehende Bewertungsstrukturen wesentlich zu verändern.

Aus diesen Gründen ist die stärkere Anerkennung von schulischem und außerschulischem Engagement ein sinnvoller, fairer und umsetzbarer Schritt zur Förderung eines positiven Schulklimas und einer aktiven Schulgemeinschaft.

Für den Zusammenhang zwischen Lernerfolg und Engagement ist unten ein wissenschaftlicher Beleg zu finden.

Lösungsansätze:

- ✓ Entwicklung einer einheitlichen Empfehlung, wie Engagement an Schulen anerkannt werden kann ✓ Sichtbarmachung von Engagement durch einfache und flexible Formen, z. B.:
 - o kurze Zeugnisvermerke
 - o zusätzliche Beiblätter zum Zeugnis
 - o schulische Engagement-Zertifikate
 - o Bescheinigungen für Bewerbungen oder Praktika
- ✓ Transparente Information der Schüler:innen darüber,
 - o welches Engagement anerkannt werden kann
 - o an wen man sich zur Dokumentation wenden kann (z. B. Klassenleitung, SV)

Zusammenfassung:

- Schulen sollen ermutigt werden, **niedrigschwellige und freiwillige Formen der Anerkennung** einzuführen.
- Die Anerkennung soll keine Benotung darstellen und keine zusätzlichen Verpflichtungen für Schüler:innen schaffen.
- Die Umsetzung soll **schulindividuell und mit geringem organisatorischem Aufwanderfolgen**.

Beispiel:

Ein Beispiel für eine gelungene Umsetzung solcher Ehrungen ist das Stattfinden einer eigens dafür eingerichteten, sogenannten „Feierstunde“ bei der Schüler:innen für verschiedenste Arten von Engagement mit einem Zertifikat und namentlicher Nennung

geehrt werden. Dabei sind alle Schüler:innen und Eltern eingeladen und teilweise erfährt die Öffentlichkeit von diesen Ehrungen, die zusätzlich in der Regel mit Preisen in verschiedenen Wettbewerben die Motivationen der Schüler:innen stärken.

Beschlussformulierung:

Die Bezirksdelegiertenkonferenz beschließt, dass sich die Bezirksschüler:innenvertretung für die Anerkennung des schulischen und außerschulischen Engagement von Schüler:innen an den Schulen im Bezirk künftig stärker einsetzt und dieses anerkannt und sichtbar gemacht wird. Die Schulen werden ermutigt, dafür flexible, freiwillige und niederschwellige Formen der Anerkennung einzuführen, zum Beispiel durch Zeugnisvermerke, Beiblätter, Zertifikate oder Bescheinigungen, ohne zusätzlichen Leistungsdruck für die Schüler:innen zu erzeugen.

Anhang-Wissenschaftliche Evidenz:

1.0 Studie im „European Journal of Psychology of Education“

Eine Studie im „European Journal of Psychology of Education“ untersuchte Muster von Schülerengagement und zeigte, dass *kognitive, emotionale und verhaltensbezogene Beteiligung im Lernprozess in direktem Zusammenhang mit schulischen Leistungen steht*. Schüler*innen, die stärker eingebunden und engagiert sind, weisen insgesamt bessere schulische Ergebnisse auf, da Engagement motivationale, emotionale und kognitive Lernprozesse fördert und so den Schulerfolg unterstützt.

„European Journal of Psychology of Education: A Journal of Education and Development“-

<https://link.springer.com/journal/10212>

1.1 Zusätzlicher Hinweis aus Forschung zu außerschulischen Aktivitäten:

Untersuchungen zur Teilnahme an außerschulischen Aktivitäten zeigen, dass diese Form des Engagements insgesamt positiv mit schulischen Leistungen korreliert, etwa wenn Schüler:innen in Clubs oder Vereinen aktiv sind. Einige Studien berichten, dass Schüler:innen, die ein breites Engagement außerhalb des Klassenraums zeigen, tendenziell höhere Leistungen vorweisen, da sie organisatorische Fähigkeiten, Selbstdisziplin und soziale Kompetenzen entwickeln, die sich auch in ihren schulischen Ergebnissen widerspiegeln können.

„International Review of Education: Journal of Lifelong Learning“-

<https://link.springer.com/journal/11159>

Schulen als Teil einer resilienten Gesellschaft (§6)

Antragssteller: Albert-Einstein-Gymnasium, Sankt Augustin

Antragsname: Änderungsantrag an das Grundsatzpapier, §6

Antragstext:

Schulen als Teil einer resilienten Gesellschaft (§6)

Schulen sind Orte der Bildung, nicht der Rekrutierung. Trotzdem ist es angesichts der Weltpolitischen Lage notwendig, ein Demokratisches Leitbild weiter zu verfolgen – in Friedens-, sowie Kriegszeiten. Denn zu einer starken und gesicherten Demokratie gehört auch eine verteidigungsfähige Bundeswehr, sowie eine vorbereitete und ausgebildete Zivilbevölkerung.

Wir begrüßen,

- Informationsangebote der Bundeswehr an Schule, die sachlich über den Auftrag, die Aufgabenbereiche und die Karrieremöglichkeiten, mit sowohl militärischem als auch Civil-Sozialem Charakter, informieren,
- Das Angebot gleichwertiger Werbung und Information für alle zivilen Programme wie FSJ, Bundesfreiwilligendienst, Katastrophenschutz, DRK, THW oder anderen zivil engagierten Organisationen,
- Eine verpflichtende Ausgewogenheit bei schulischen Informationsveranstaltungen, sodass militärische und zivile Möglichkeiten gleichermaßen dargestellt werden,
- Die Förderung von Katastrophenschutz- und Zivilschutzübungen in Kooperation mit Hilfsorganisationen an Schulen zur Katastrophenpräventions- und Katastrophenreaktionskompetenz,
- Die Stärkung von Schulsanitätsdiensten und Erste-Hilfe-Ausbildung als Beitrag zur gesellschaftlichen Resilienz.

Begründung:

Die vorgeschlagene Änderung an dem Grundsatzpapier für §6 ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung für die BSV.

Unsere Gesellschaft braucht Resilienz, und dies ist über die Schüler:innenschaft am besten umzusetzen. Mit Blick auf die weltpolitische Lage ist es unvermeidlich, dass wir, als Schüler:innenschaft in Bonn/Rhein-Sieg, uns positionieren.

Wir verschweigen die Bundeswehr nicht an Schulen – Wir benennen sie offen. Mit den benannten Informationsangeboten sollen militärische, soziale und zivile Aufgaben

vorgestellt werden. Sie sollen dafür dienen, die Bundeswehr bewusst vorzustellen, aber keine Werbung zu machen (Siehe *Jugendoffiziere*).

Die zivilen Alternativen sollen gleichberechtigt dargestellt werden. Die Angebote des Bundesfreiwilligendienst, Katastrophenschutz, THW, DRK, und vielen weiteren soll auch die Chance geben, sich zu präsentieren, um der Schüler:innenschaft eine echte Wahlfreiheit zu bieten.

Resilienz ist nicht nur praktisch, sondern unverzichtbar. Katastrophenschutzübungen, Zivilschutz-Trainings oder Erste-Hilfe-Kurse sind Bausteine, die die Schüler:innen dazu befähigen, Verantwortung zu übernehmen und auch in Krisen handlungsfähig zu sein.

Dies ist alles Prävention, welches eine starke Demokratie ausmacht.

Änderungsantrag an den Antrag: Schulen als Teil einer resilienten Gesellschaft (§6)

Antragssteller: Albert-Einstein-Gymnasium, Sankt Augustin

Antragsname: Änderungsantrag an das Grundsatzpapier, §6

Antragstext: Die BDK möge beschließen, den §6 des Grundsatzpapiers durch folgendes zu ersetzen.

Schulen als Teil einer resilienten Gesellschaft (§6)

Schulen sind Orte der Bildung, nicht der Rekrutierung. Trotzdem ist es angesichts der weltpolitischen Lage notwendig, ein demokratisches Leitbild weiter zu verfolgen – in Friedens-, sowie Kriegszeiten. Denn zu einer starken und gesicherten Demokratie gehört auch eine verteidigungsfähige Bundeswehr, sowie eine vorbereitete und ausgebildete Zivilbevölkerung.

Wir begrüßen,

- Informationsangebote der Bundeswehr an Schule, die sachlich über den Auftrag, die Aufgabenbereiche und die Karrieremöglichkeiten, mit sowohl militärischem als auch Zivil-Sozialem Charakter, informieren,
- Das Angebot gleichwertiger Werbung und Information für alle zivilen Programme wie FSJ, Bundesfreiwilligendienst, Katastrophenschutz, DRK, THW oder anderen zivil engagierten Organisationen,
- Eine verpflichtende Ausgewogenheit bei schulischen Informationsveranstaltungen, sodass militärische und zivile Möglichkeiten gleichermaßen dargestellt werden,
- Die Förderung von Katastrophenschutz- und Zivilschutzübungen in Kooperation mit Hilfsorganisationen an Schulen zur Katastrophenpräventions- und Katastrophenreaktionskompetenz, - Die Stärkung von Schulsanitätsdiensten und Erste-Hilfe-Ausbildung als Beitrag zur gesellschaftlichen Resilienz.

Begründung:

Die vorgeschlagene Änderung an dem Grundsatzpapier für §6 ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung für die BSV.

Unsere Gesellschaft braucht Resilienz, und dies ist über die Schüler:innenschaft am besten umzusetzen. Mit Blick auf die Weltpolitische Lage ist es unvermeidlich, dass wir, als Schüler:innenschaft in Bonn/Rhein-Sieg, uns positionieren.

Wir verschweigen die Bundeswehr nicht an Schulen – Wir benennen sie offen. Mit den benannten Informationsangeboten sollen militärische, soziale und zivile Aufgaben vorgestellt werden. Sie sollen dafür dienen, die Bundeswehr bewusst vorzustellen, aber keine Werbung zu machen (Siehe *Jugendoffiziere*).

Die Zivilen Alternativen sollen gleichberechtigt dargestellt werden. Die Angebote des Bundesfreiwilligendienst, Katastrophenschutz, THW, DRK, und vielen weiteren soll auch die Chance gegeben werden sich zu präsentieren, um der Schüler:innenschaft eine echte Wahlfreiheit zu bieten.

Resilienz ist nicht nur praktisch, sondern unversichtbar. Katastrophenschutzübungen, Zivilschutztrainings oder Erste-Hilfe-Kurse sind Bausteine die die Schüler:innen dazu befähigen, Verantwortung zu übernehmen und auch in Krisen handlungsfähig zu sein.

Dies ist alles Prävention, welches eine starke Demokratie ausmacht.